

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

(28. Sitzung am 28. November 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes über das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz (Niedersächsisches Verfassungsschutzänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/4821](#)

Der Ausschuss führte **in nicht öffentlicher Sitzung** die Mitberatung durch. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Inneres und Sport votierte er dafür, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu „Verfahren der Zuarbeit zu Anträgen auf Waffenbesitzerlaubnis“**

Der Ausschuss nahm **in nicht öffentlicher Sitzung** die Fortsetzung der in der 26. Sitzung am 26. September 2019 begonnenen Unterrichtung entgegen.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu „Rechtsextremist*innen in Jugendhilfeeinrichtungen“**

Diesen Punkt vertagte der Ausschuss auf seine nächste Sitzung.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu „Verhinderung der Entstehung eines islamistischen „Islamic Centers“ in der Landeshauptstadt Hannover“**

Der Ausschuss nahm teils **in nicht öffentlicher Sitzung**, teils **in vertraulicher Sitzung** die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung (NV) - Vorlage der Unterlagen zu den Vorgängen bezüglich der Enttarnung einer Vertrauensperson des Niedersächsischen Verfassungsschutzes in Göttingen**

Der Ausschuss besprach **in vertraulicher Sitzung** den Verlauf und den Umfang der Aktenvorlage. Die dritte Tranche der Akten erklärte er einstimmig für vertraulich.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 Abs. 1 NVerfSch**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung **in vertraulicher Sitzung** entgegen.

7. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss besprach **in nicht öffentlicher Sitzung** Terminangelegenheiten.